

Das Ende einer Steueroase

30 Prozent Nachlaß bei der Einkommen-, 10 Prozent bei der Umsatzsteuer – Berlin wird noch immer so behandelt, als sei die Stadt eine Insel inmitten eines

feindlichen Landes. Heftig widersetzen sich die Lokalpolitiker der Abschaffung vieler Subventionen. Doch das Ende der Steueroase Berlin zeichnet sich bereits ab.

Walter Momper, der Regierende Bürgermeister von Berlin, empfand sich über Parteifreunde. Just in den Tagen, da die alte Reichsmetropole wieder Hauptstadt eines geeinten Deutschlands werden durfte, forderten Wirtschafts- und Finanzpolitiker der SPD in Bonn Ungeheuerliches: Die Berlin-Förderung solle gekürzt werden.

Seine Stadt, tobte Sozialdemokrat Momper, sei doch kein „Sparschwein für die Einheit“. 20 000 Arbeitsplätze gingen verloren, assistierte Wirtschaftsminister Peter Mitzscherling (SPD), viele Unternehmen an der Spree rutschten „unmittelbar in die roten Zahlen“, wenn die Subvention entfalle.

Eilfertig schlug die SPD-Bundestagsfraktion daraufhin letzten Dienstag, nach einer Sitzung im Reichstag, die Rolle rückwärts: Die Berlin-Hilfe solle nicht gekürzt, sondern sogar noch aufgestockt werden. Für die „bislang fließenden Mittel“ fordern die sozialdemokratischen Kritiker nur noch „Zweckänderungen“.

Ganz ähnlich das Spiel im Lager der Regierungskoalition. Da war der finanzpolitische Sprecher Michael Glos von einigen Zeitungen zitiert worden, der Abbau von Subventionen sei „der erste Prüfstein für unsere Glaubwürdigkeit“ und „das Vordringlichste“ dabei sei „die Berlin-Förderung“. Prompt richtete sich geballter Zorn der Berliner CDU und der ansässigen Wirtschaft gegen den CSU-Abgeordneten.

Glos ruderte zurück, beruhigte die Aufgebracht: Er habe nur einzelne, kleinere Elemente des großen Subventionsprogramms im Auge, und selbst da nur den „stufenweisen Abbau“.

Ganz schnell hat, nach dem Feuerwerk über dem Brandenburger Tor, der Alltag die Nation wieder eingeholt. Und der bedeutet vor allem: Streit um Geld.

Um einen ganz dicken Batzen, rund neun Milliarden Mark, geht es in Berlin. Nach Abbruch der Mauer und der Abschaffung der DDR entfällt die Begründung für einen ganzen Korb voller Sub-

ventionen, die bislang Stütze für eine eingekesselte Stadt waren. Doch die Berlin-Lobby möchte beim Kassieren so tun, als sei alles noch wie früher.

Gegen Abstriche bei den Steuergeschenken marschieren Berliner Sozial- und Christdemokraten in einer Reihe gegen die Spar-Politiker aus Bonn. Dabei plädieren, ein seltener Fall, die Wirtschafts- und Finanzfachleute aller Parteien genauso wie viele Ökonomie-Wissenschaftler dafür, die Berlin Förderung zügig und radikal zu beschneiden.

Bis zur Bundestagswahl am 2. Dezember darf freilich keiner allzu laut über die Berlin-Pläne reden. „Wer will schon freiwillig seine Wähler verprellen?“ sagt ein Bonner Sozialdemokrat. Im früheren Westteil Berlins gibt es davon immerhin 1,5 Millionen.

Doch gleich nach der Wahl wollen die Bonner Wirtschaftspolitiker den Widerstand aus Berlin brechen. Das wird ein hartes Stück Arbeit. Die mei-



Ost-Berliner, West-Berliner Busfahrer: Dieselbe Strecke, der gleiche Bus – aber ein Zuschuß vom Fiskus nur für den Westler

sten Berliner müssen Einbußen bei den Einkünften hinnehmen, müssen ihren Lebensstandard wohl einschränken.

Und es trifft die Wirtschaft. Ob Unternehmer in Berlin produzieren oder Waren dort geringfügig bearbeiten, ob Handwerker investieren oder Freiberufler den Bau von Sozialwohnungen finanzieren – die Berlinförderung bietet jedem etwas (siehe Grafik).

Schon lange sind die volkswirtschaftlichen Wirkungen des staatlichen Geldsegens umstritten. Um die Berlin-Subventionen abzugreifen, machten die Zigarettenunternehmen ihre Betriebe in Norddeutschland dicht und eröffneten Fabriken in Berlin – kein einziger Arbeitsplatz wurde durch die für den Staat teure Verlagerung neu geschaffen.

Es wurde und wird munter getrickelt. Betriebe lassen ihre Maschinen exakt so lange in Berlin laufen, wie die Steuergelder fließen, und verfrachten sie danach Richtung Westdeutschland. Manche Waren werden auf dem Weg von Nord- nach Süddeutschland über Berlin geschafft und dort nur scheinbar bearbeitet. Es lohnt sich, die Steuervorteile sind höher als die zusätzlichen Transportkosten.

Seit Berlin um den Ost-Teil größer geworden ist und wieder in offen zugänglichem Umland liegt, führen einige der Steuerhilfen zu geradezu grotesken Ergebnissen.

Ein Beispiel: Zwei Busfahrer fahren dieselbe Strecke, Pankow-Moabit und zurück, in den gleichen Doppeldeckern. Der eine bezieht brutto 3300 Mark im Monat, der andere knapp 1600 Mark. Der erste ist aus West-, der zweite aus Ost-Berlin. Dem West-Berliner schießt der Fiskus 264 Mark zu seinem 3300-Mark-Lohn zu, plus 49,50 Mark pro Kind. Der Ostler geht leer aus.

„Arbeitnehmerzulage“ heißt der ökonomische Unsinn. Drei Milliarden Mark aus öffentlichen Kassen machen das ohnehin vorhandene Lohngefälle noch etwas steiler.

Oder: Ein Spitzenbeamter-West verdient in der Berliner Verwaltung 14 000 Mark, sein Ost-Pendant kommt gerade auf 6000. Dem mehr als doppelt soviel verdienenden Wessi erläßt der Bundesfinanzminister obendrein 30 Prozent seiner Einkommensteuer oder zahlt ihm, wenn es günstiger ist, wie bei dem Busfahrer, eine steuerfreie Zulage von 8 Prozent auf den Bruttolohn, in diesem Fall 1120 Mark monatlich.



Hilfen für die Berliner Wirtschaft in Milliarden Mark 1990		
Wichtige Maßnahmen	Begünstigte	Steuerausfall
I. Ermäßigte Umsatzsteuer für		
a) den Produzenten in Berlin (um bis zu 10%)	Unternehmen	1,76
b) den Abnehmer (4,2%)		1,07
II. Investitionshilfen		
a) Steuerermäßigungen	Unternehmen	0,615
b) Zulagen		1,05
III. Sonderabsetzungen für Bau, Finanzierung und Modernisierung von Wohnraum	Bauherren, Kapitalanleger	0,96
IV. Ermäßigte Einkommensteuer (um 30%) für Berliner Einkünfte	jeder Steuerpflichtige	0,77
V. Steuerfreie Arbeitnehmerzulage (8% zum Bruttolohn), plus Kinderzuschlag (49,50 Mark monatlich je Kind)	jeder Arbeitnehmer	3,0
DER SPIEGEL	insgesamt	9,225

Bis zu 10 Prozent der Umsatzsteuer spart der in Berlin produzierende Betrieb. Damit nicht genug: Auch der Abnehmer in Westdeutschland wird vom Fiskus belohnt. Weil er in Berlin und nicht in Leipzig oder Hamburg gefertigte Waren kauft, schenkt ihm der Finanzminister 4,2 Prozent des Warenpreises. Nirgendwo sonst in der deutschen Republik addieren sich Zulagen und Steuerbefreiungen so wie in Berlin.



Subventions-Befürworter Momper
Für jeden etwas

Die wirtschaftlichen Folgen der ungebremsten Subventionitis liegen auf der Hand: Welcher Unternehmer soll in Ost-Berlin oder in der früheren DDR investieren, wenn das in West-Berlin steuerlich viel günstiger ist? CSU-Finanzfachmann Glos moniert: „Wir geben auf einer steuerlichen Gefällstrecke noch Gas.“

Die Alternativen sind zwingend: Entweder steigen die staatlichen Investitionsanreize für das Ost-Gebiet auf das

hohe Niveau der Berlin-Förderung. Oder die Regierung senkt das Subventions-Niveau Berlins, wie auch des Zonenrands, so weit ab, daß der Aufbau der neuen Bundesländer und der östlichen Hauptstadt-Hälfte dadurch zumindest nicht weiter behindert wird.

Seit Berlin „politisch keine Insel mehr ist“, so die SPD-Steuerexperten Ingrid Matthäus-Maier, „kann es auch keine Steuerinsel bleiben“.

Schrittweise und nur in dem Maße, in dem die wirtschaftliche Leistungskraft steigt, sagte Bundeskanzler Helmut Kohl dem Berliner Senat zu, werde die Berlin-Förderung beschnitten. Bis zu acht Jah-

ren soll die Schrumpfkur dauern. Darauf berufen sich nun Momper und sein CDU-Partner Eberhard Dieppen. Doch so lange wollen weder FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff noch der CSU-Vorsitzende und Finanzminister Theo Waigel warten. Der eine will sich per Subventionsabbau bei seiner Klientel profilieren, der andere muß sparen.

Schon im nächsten Haushalt soll die Berlin-Förderung kräftig gerupft werden. Zum Trost für die Berliner soll ein Teil des bei Steuergeschenken eingesparten Geldes auch künftig in die Stadt fließen, als direkte Finanzierung etwa von Straßenbauten oder Umweltprojekten.

Momper und Dieppen kämpfen unverdrossen weiter. Warum in Bonn „immer nur über Berlin-Subventionen diskutiert werde“, ließ Momper seinen Senatssprecher Werner Kolhoff verbreiten, nicht über andere, „zum Beispiel der Steinkohle“. Berlin als neue Hauptstadt, tönen SPD-Momper und CDU-Dieppen unisono, braucht mehr Finanzhilfe denn je.

Es wird alles nichts helfen. Selbst wenn die Bonner der Mut verleiße – die EG-Behörde in Brüssel würde wohl für baldige Beseitigung der Berliner Hilfen sorgen.

Die EG-Kommission hält die Berlin-Subvention für unzulässig, weil sie den Wettbewerb verzerrt. Die Brüsseler Kommissare Martin Bangemann und Leon Brittan meldeten sich in Bonn bereits schriftlich mit der Forderung, „ab dem 3. Oktober“ die Umsatzsteuervergünstigungen – 2,8 Milliarden Mark – zu streichen. Für die übrigen Beihilfen, so die Ankündigung, werde die Kommission eine Frist festsetzen, die sie „für notwendig und gerechtfertigt hält“.

Allzu lang, das ist gewiß, wird diese Übergangszeit nicht ausfallen. ◀